Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint
wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat **1 G.-Mk.** frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild".
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen **1,20 Mk.**
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit **10 Pfg.** berechnet; auswärts **15 Pfg.** Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile **40 Pf.** Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771
Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt **15 Pfg.** Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer .·. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr 55 — Sonntag den 15. Juni 1924 — 17. Jahrgang.

Auch die schwache Menschenseele
Führt durch die Unendlichkeit,
Daß sie einst den Weg nicht fehle,
Gottes Stern, zur Ewigkeit.

Der Umschwung bei den Deutschnationalen.

Von unserem Berliner Vertreter.

In der politischen Einstellung der deutschnationalen Partei zu den außenpolitischen Problemen und insbesondere zum Sachverständigen-Gutachtens bereitet sich gegenwärtig ein höchst bedeutungsvoller Umschwung vor. Wie wir hören, sind die maßgebenden Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion entschlossen, die Reichsregierung in der Durchführung der Sachverständigen-Gutachten zu unterstützen und ihre Opposition auf die rein sachliche Kritik der Einzelmaßnahmen des Kabinetts zu reduzieren.

Diese Wendung in der deutschnationalen Politik ist außen- wie innenpolitisch von größter Tragwete. Sie gestattet der Reichsregierung, die parlamentarischen Schwierigkeiten bei der Durchführung ihrer gesetzgeberischen Arbeiten zur Sicherstellung des Sachverständigen Gutachtens zu überwinden und mit großer Beschleunigung an die Lösung der außenpolitischen Probleme heranzutreten.

Über die Gründe, die den plötzlichen Umschwung bei den Deutschnationalen veranlaßt haben, sind in den politischen Kreisen lebhafte Erörterungen im Gange. Man glaubt zu wissen, daß von den maßgebenden Wirtschaftsstarken in den letzten Wochen ein starker Druck auf die Deutschnationalen ausgeübt worden ist, um sie zu bestimmen, der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens keine Schwierigkeiten zu bereiten, da sonst die ungeklärte politische Lage weiter auf der deutschen Wirtschaft laste. Auf der anderen Seite wird behauptet, der stark geänderten außenpolitischen Konstellation zufolge hätten die deuschnationalen Führer eine Neuorientierung für ratsam gehalten, zumal aus englischen konservativen Kreisen vor einer Beibehaltung der jetziaen Politik der Deutschnationalen gewarnt worden sei. Von deutschnationaler Seite ist neuerdings angeregt worden, die Verhandlungen über die Regierungsfrage im Reiche nunmehr wieder aufzunehmen, um eine Teilnahme der Deutschnationalen am Reichskabinett herbeizuführen. In den der Regierung nahestehenden Kreisen erklärt man jedoch, daß zurzeit an eine Umbildung des Reichskabinetts nicht gedacht werden könne. Die Verhandlungen mit den anderen Regierungen seien inzwischen vorbereitet, daß es unmöglich wäre, jetzt in Deutschland eine gänzlich neue politische Konstellation schaffen zu wollen.

Von volksparteilicher Seite macht man den Vorschlag, die Regierungsfrage bis zur Lösung der außenpolitischen Probleme endgültig zu vertagen. Bis dahin könne man den Deutschnationalen in jeder Form Gelegenheit geben, an den außenpolitischen Entscheidungen sachlich mitzuarbeiten. Allerdings befürchten die Demokraten, daß dadurch die Fühlung mit der Sozialdemokratie verloren gehen könne, auf deren Mitarbeit man nicht verzichten will. Die Demokraten versprechen sich von der kommenden französischen Linksregierung gewisse Vorteile. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß der neue Kurs in Frankreich der deutschen Volkspartei und dem Zentrum Veranlassung geben könnte, eine Rechtsorientierung in Deutschland abzulehnen und die Große Koalition wieder herzustellen. Eine Neuwahl des Reichstages könne sehr leicht erzwungen werden, wenn die Deutschnationalen es für angebracht hielten, der Regierung Schwierigkeiten zu machen.

Das Reichswahlgesetz.

(Eigener Informationsdienst.)

Das Kabinett hat sich vor allen anderen Aufgaben am Donnerstag mit dem Entwurf einer Novelle zum Reichswahlgesetz beschäftigt, den Entwurf genehmigt und dem Reichsrat bereits zugehen lassen. Es war nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Deutschnationalen das Bestreben der Regierung, dieses Gesetz sobald als möglich im Reichstag vorzulegen, um bei evtl. Neuwahlen nicht wieder mit dem alten Gesetz operieren zu müssen. Die Regierung geht hierbei von der Annahme aus, daß bei einer baldigen Auflösung des Reichstages, die durch die Ablehnung des Sachverständigen-Gutachtens durch das Parlament veranlaßt wurde, die Regierungspropaganda für ihre außenpolitischen Ziele leichter durchzuführen sein wird, wenn kleinere Wahlkreise vorhanden sind. Auch die finanziellen Erleichterungen, die durch Mittragung der Kosten von den Parteien zur Herstellung des Stimmzettels im Gesetz vorgesehen sind, werden der Regierung ermöglichen, den Volksentscheid eher durchzuführen, als wenn der ganze kostspielige Apparat der Neuwahlen auf Reichskosten ginge. In politischen Kreisen entnimmt man aus der schnellen Erledigung des neuen Wahlgesetzes, daß die Regierung sich stark mit dem Gedanken der baldigen Auflösung trägt, falls die nötige Mehrheit für das Gutachten nicht zustandekommt. Das Gesetz selbst kann aber im Reichstage nur dann verabschiedet werden, wenn eine zweidrittel Mehrheit dafür stimmt, weil es ein verfassungsänderndes Gesetz ist. Von rechtsradikaler Seite wird bereits seit einer Reihe von Tagen versucht, auf die Deutschnationalen dahin einzuwirken, das Gesetz unter keinen Umständen in der neuen Fassung anzunehmen. Die Deutschnationalen selbst haben vor Wochen, als das erste Mal der Plan einer Erneuerung des Wahlgesetzes auftauchte, sich für ihn eingesetzt und auch eine Erleichterung der Wahlarbeit in ihm gesehen. Von ihrer Stellungnahme, ob das Gesetz zu diesem Zeitpunkt als eine Notwendigkeit und nicht als gegen sie gerichtet zu betrachten sei, wird es abhängen, ob das Gesetz angenommen wird oder nicht. Die neue Reichstagsfraktion der Deutschnationalen hat sich zu der Wahlreform noch nicht geäußert, aber sie wird voraussichtlich ihren Standpunkt darin geltend machen, daß augenblicklich dringendere Sachen vorliegen und daß der Zeitpunkt für die Verabschiedung des Gesetzes ungünstig gewählt ist. Man wird von deutschnationaler Seite versuchen, die Abstimmung hinauszuschieben, gegebenfalls gegen die Regierungsvorlage stimmen.

Die Reichsregierung gegen die Micum-Verträge.

(Eigener Informationsdienst.)

Die Reichsregierung hat sich bei der Beratung über die Micumverträge dafür ausgesprochen, daß eine Verlängerung der Micumverträge verhindert werden muß. Sie hat daher neue diplomtische Schritte in Paris und Brüssel unternommen, um eine Vereinbarung über die Ersetzung der Micumverträge durch Abkommen von Regierung zu Regierung vorzuschlagen. Von belgischer Seite ist der deutschen Regierung geantwortet worden, daß die Micumverträge bestehen bleiben müßten, bis Deutschland endgültig das Sachverständigen-Gutachten angenommen habe.

Englische Bemühungen um Polen.

(Eigener Informationsdienst.)

Vor mehr als Jahresfrist drang die Kunde an die Oeffentlichkeit, England bemühte sich um die Freundschaft Polens. Man schenkte damals den Gerüchten keinen Glauben und wies darauf hin, daß sich solche Freundschaftsbeziehungen öffentlich auswirken müßten, und daß das Freundschaftsverhältnis mit Frankreich auch von England nicht zu durchbrechen sei. Nun melden die englischen Blätter, daß England große Eisenbahnlieferungen für Polen übernommen habe und damit betraut worden sei, das polnische Eisenbahnnetz wieder herzustellen und neu aufzubauen. Man schenkt diesen Nachrichten in politischen Kreisen viel Beachtung, da man sieht daß die zähe Verfolgung des englischen Zieles endlich Früchte zu tragen beginnt. Die Sachlage wird keineswegs so aufgefaßt, als seien diese Abmachungen lediglich Geschäfte polnischer und englischer Firmen. Wer die Vormachtsstellung Frankreichs in Polen genau kennt, der weiß, wie schwer es für fremde Wirtschaftskreise ist, auch nur den geringsten Boden in Polen zu gewinnen. Da hat sich vor allem bei der Verteilung der Konzessionen auf die reichen Petroleumquellen in Galizien gezeigt. Es bedeutet einen großen Erfolg, wenn es jetzt England gelungen ist, wirtschaftlich in Polen Fuß zu fassen. Die Aufgabe ist ohne Zweifel England dadurch erleichtert worden, daß Polen nicht mehr unbedingt Frankreichs Vasall zu sein wünscht, nachdem es zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß Frankreich eine Freundschaft mit Rußland derjenigen Polens vorziehen würde. Di polnische Diplomtie sieht sich zwischen zwei Stühle gesetzt. Sie hat immer auf die Freundschaft mit Frankreich hingewiesen und einen steifen Nacken gezeigt, wenn es galt, einzelne Fragen völkerrechtlicher Art zu lösen und hat sich dadurch viel Sympathie in den angrenzenden Ländern verschafft. Ja, es ist Polen nicht mal gelungen, in die Entente aufgenommen zu werden. Und so greift es denn, wenn auch noch zögernd, gern nach der Hand Englands, das hier mit einen Schritt weiter auf dem Wege der Entmonopolisierung Frankreichs auf dem Kontinent gekommen ist.

Der deutsche Botschafter bei Herriot.

Wie wir aus den Kreisen des Auswärtigen Amtes erfahren, wird der deutsche Botschafter in Paris, Dr. von Hoesch Anfang nächster Woche von Herriot empfangen werden, mit dem er eine sehr eingehende Aussprache über die zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen haben wird. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Botschafter von Hoesch im Anschluß daran zur Berichterstattung nach Berlin kommen wird.

Noch immer die Ausreise-Gebühr.

(Eigener Informationsdienst.)

Am Montag wird sich das Kabinett nun endlich mit der Frage der Beibehaltung oder Aufhebung der Ausreisegebühr beschäftigen. Zu der Sitzung wird der Reichsbankpräsident Schacht hinzu gezogen werden, um noch einmal die Gründe darzulegen, die ihn veranlassen, auf Beibehaltung dieser Gebühr zu bestehen. Dr. Schacht verhehlt sich auch keineswegs, daß diese Gebühr wohl das Unpopulärste ist und daß sie in allen Wirtschaftsgruppn und auch in den Parteien scharf verurteilt wird. Er ist aber der kühle Rechner, der alles tut, um die Ausgaben nicht die Einnahmen übersteigen zu lassen und der eisern an der Stabilität der deutschen Währung festhält, auch der Gefahr hin, sich in eigenen Freundeskreisen Gegner zu schaffen. Es steht daher auch zu erwarten, daß das Kabinett nach heftigem Meinungsaustausch sich am Montag der Ansicht Dr. Schachts anschließen wird.

Deutschland und der neue französische Kurs.

In den Berliner politischen und diplomatischen Kreisen erörtert man gegenwärtig sehr lebhaft die angekündigte Kursänderung der französischen Politik gegenüber Deutschland. Im Berliner auswärtigen Amt äußert man seine Auffassung Im Berliner auswärtigen Amt äußert man seine Auffassung dahin, daß es notwendig sein werde, in Deutschland den Bemühungen Herriots, eine Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen, mit größter Aufmerksamkeit zu folgen. In Deutschland habe man zwar keinen Anlaß zu übretriebenen Erwartungen, aber man dürfe auch im eigenen Interesse de unverkennbare Wendung der französischen Haltung gegenüber Deutschland nicht unbeachtet lassen. Es entstehe sonst die Gefahr, daß auf der Gegenseite der Eindruck erweckt wird, als sehe die deutsche Politik mit Absicht an den Möglichkeiten einer Verständigung mit Frankreich vorüber.

Bessere Kreditaussichten in Amerika.

(Eigener Informationsdienst)

Die Meldung über die Erhöhung, des der deutschen Golddiskontbank von amerikanischer Seite gewährten Kredits von fünf Millionen auf fünfundzwanzig Millionen Dollar, hat in den deutschen Finanzkreisen außerordentliche Befriedigung hervorgerufen. In maßgebenden Wirtschaftskreisen hat man eine Mitteilung von amerikanischer Seite erhalten, wonach im Falle einer befriedigenden Lösung des Sachverständigen-Gutachtens die Aufnahmefähigkeit deutscher Privatanleihen auf den amerikanischen Markt als wesentlich günstig bezeichnet werden könne. Die Geldflüssigkeit, die gegenwärtig auf dem amerikanischen Kapitalmarkt herrscht, könne der deutschen Industrie zugute kommen, wenn die deutsche Politik die Sicherheit gebe, daß neue Erschütterungen des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland verhindert werden.

Die Kreditfrage.

(Eigener Informationsdienst)

Bei der Verlängerung der Micum-Verträge handelt es sich vor allem darum, woher die deutsche Industrie, die sowohl durch die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage in Deutschland wie durch den langen Streik im westlichen Ruhrbergbau große Einbußen erlitten hat, das Geld nehmen soll, um den Verpflichtungen der Micum gegenüber nachkommen zu können. Das Dawes-Gutachten sieht bekanntlich eine große Auslandanleihe für Deutschland vor, die die Uebernahme neuer Lasten auf Reparationskonto ermöglicht. Da aber das Gutachten noch nicht in Funktion getreten ist und erst noch Gegenstand langer Erörterungen zwischen den Alliierten und Deutschland sein wird, sobald die neue Regierung in Frankreich gebildet ist, bleibt die Frage der Kreditbeschaffung für die deutsche Industrie offen. Englische Finanzkreise haben den Vorschlag gemacht, die deutsche Industrie solle eine kleine innere Anleihe aufnehmen, die dazu dienen soll, für etwa einen Monat die Lieferungen für die Micum zu finanzieren. Im Augenblick der Kreditnot scheint es jedoch überflüssig, einen derartigen Versuch überhaupt zu unternehmen, da die Geldknappheit in Deutschland beängstigende Formen angenommen hat und in absehbarer Zeit nicht abzustellen sein wird. Der Industrie wird also nur der Weg offen bleiben, sich im Auslande nach Krediten umzusehen. Jedenfalls wird die Micumfrage die Erledigung des Sachverständigen-Gutachtens sehr fördern und beschleunigen und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen mit der Micum sich bis zur Regelung dieser Frage hinauszögern.

Deutschnationale Opposition und Sachverständigen-Gutachten.

(Eigener Informationsdienst)

Es ergibt sich klar, daß für die Gesetzgebung zum Sachverständigen-Gutachten eine zweidrittel Mehrheit nicht vorhanden ist, wenn die Deutschnationalen ihre Drohung mit der verschärften Opposition wahrmachen. Die Regierung hätte in diesem Fall drei Wochen lang Tag um Tag sich vergeblich bemüht, das Gutachten unter Dach und Fach zu bringen, und man stände am Ausgangspunkt vom 4. Mai. Die Regierung erachte es deshalb als ihre unerläßliche Pflicht, alles zu tun, um die Mehrheit für die Annahme der Gesetze sicherzustellen. Es steht keinesfalls fest, ob die Deutschnationalen die Regierung bei der Beratung des Sachverständigen-Gutachtens tatsächlich zu Fall bringen wollen. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß bei der Abstimmung über die Gesetze der Fraktionszwang in Funktion tritt. Aber immerhin bleiben für die Rechnung der Regierung die Deutschnationalen in ihrer Haltung ein unsicherer Faktor. Man ist aber nicht gewillt, die Regierungsgeschäfte aus der Hand zu geben, solange eine tragfähige einheitliche Opposition auf der Rechten klar erkennbar ist. Sollte sich daher bei den ersten Abstimmungen im Reichstage die nötige Mehrheit nicht ergeben, so würde die Regierung einen Volksentscheid herbeiführen und so versuchen, eine eindeutige Stellungnahme zum Sachverständigen-Gutachten herbeiführen. Der Reichstag würde also mit der Parole: Für oder gegen Annahme des Sachverständigen-Gutachtens aufgelöst und die Neuwahlen sofort vorgenommen werden. Die Ansicht, daß es sich bei einzelnen der vorliegenden Gesetzentwürfe über das Gutachten nicht um verfassungsänernde Gesetze handelt, und die einfache Mehrheit entscheidet, wird von dem Kabinett nicht geteilt, doch gewinnt diese Meinung in parlamentarischen Kreisen sehr an Boden.

Milderung der deutschnationalen Opposition.

(Eigener Informationsdienst.)

Wie wir aus maßgebenden parlamentarischen Kreisen erfahren, ist nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages mit einer wesentlichen Milderung der deutschnationalen Opposition gegenüber dem Ministerium Marx-Stresemann zu rechnen. Schon jetzt besteht in der deutschnationalen Reichstagsfraktion die feste Absicht, ihre Mitwirkung an der Lösung der außenpolitischen Frage nicht zu versagen und die gesetzlichen Maßnahmen der Reichsregierung zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens von Fall zu Fall nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu prüfen. In diesem Zusammenhang ist es von besonderem Interesse, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion es abgelehnt hat, die Protesterklärung der national-sozialistischen Reichstagsfraktion gegen das Verbleiben der Reichsregierung zu unterstützen. In den deutschnationalen Kreisen erklärt man, daß das Kabinett Marx-Stresemann nach der letzten Abstimmung unzweifelhaft das Recht habe, weiter im Amt zu bleiben. Diese Haltung wird von den politischen Kreisen als eine Loyalitätskundgebung der Deutschnationalen gewertet, die demnach bereit seien, einen vorzeitigen Sturz der Regierung zu verhindern.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 15 Juni 1924

§ Heinrich Bertelmann. Wie schon berichtet, wird morgen dem all zu früh verstorbenen Dichter Bertelmann an seinem Geburtshause, dem „Pötterhof", in Niedermeiser eine Gedenktafel gesetzt, gestiftet vom Kreislehrerverein Hofgeismar. Bertelmann hat in seinem Werke „Der Liebenbach" unserem Städtchen ein litarisches Denkmal von hohem Werte gesetzt. Er erzählt darin die ergreifende Geschichte, die bei uns zu Hause ist, von Kuno und Else, der Liebe, die alles überwindet und in seliger Süße und Unberührtheit dem raschen Tod zur Beute wird. In seinen Wanderbildern „Hessische Höhenluft" singt er Spangenberg ein hohes Lob, das in selten-schöner Form seinen Ausdruck findet. Das Wirken dieses Dichters hat wesentlich dazu beigetragen, das Augenmerk weiter Kreise auf das hessische Berg- und Schloßstädtchen Spangenberg zu lenken. Unsere Stadt ist sich des Dankes, den sie dem Sänger ihrer Geschichte, Sage und Schönheit schuldet, voll bewußt. Sie wird Bertelmanns allezeit gern und dankbar gedenken und grüßt den Toten mit treuem Liebenbach-Gruße. In diesem Sinne hat der Magistrat unserer Stadt ein Schreiben an den Vorsitzenden des Kreis-Lehrer-Vereins Hofgeismar gesandt, in dem er die Verdienste Bertelmanns würdigt. Im nachfolgendem bringen wir einen Abschnitt aus der „Höhenluft" über Spangenberg:

„Und leise von des Bromsbergs Waldessaum
Das rauscht und rinnt und rinnt und rauscht.
Die stille Stadt, sie sinnt und lauscht!
Für eine Zeit fließt ihr wohl Hochzeitswein.

Vor den Waldruinen des Riedforstes steht Spangenberg wie ein farbenbuntes Initial, das ein Kapitel hessischen Lebens einleiten will. Hier ist alles, was ein hessisch Herz ergötzt: Bergstadt und Burg, Hügeläcker und Waldweiten, ein baumverborgener Flußlauf und ruheselige Dörfer, ein strenger Eisenstrang, der die Welt lieb hat und sicheres Geborgensein in traulicher Talenge, Ruhmgerede der Vergangenheit und ernster Gegenwartswille. Die Melodie dieses Ortes klingt uns tief durch die Seele: Spangenberg ist Hessen.

Die aus der Berggrüne aufblühende gotische Burg verbindet sich mit der giebelfrohen Stadt zu einem Paare, dessen Tage unter der hessischen Devise „Allzeit getreu" wie ein umblühter Fluß in den vollen Strom der Gegenwart münden. Gleich dem Schlosse zu Marburg grüßt die alte Feste als ein Denkmal echten Hessentums aus der Landgrafenzeit herüber, einen Namen im Paniere, bei dessen Klange das Echo im Bromsberge erwacht wie ein Halali nach vollendeter Hirschjagd: Otto der Schütz. Die stille Stdt aber erwägt im frauenhaften Gemüte, woher ihre Brunnen kamen und flüstert wie eine Braut vor sich hin immer nur das eine Wort: Liebenbach."

Spangenberg ist ein Lobgesang des Glaubens, der Liebe, der Treue; eine Verkünderin des Natürlichen, ein Zeuge der schlichten aus dem Herzen quellenden Tat. Wenn irgend eine Stadt in Hessen Charakter hat, so hat ihn Spangenberg. Und zwar ist derselbe in einer Weise ausgeprägt, daß man sagen kann: Spangenberg ist Hessen.

§ Gewitterfurcht. An drückend heißen und schwülen Sommertagen wird die Entspannung der Atmosphäre durch ein Gewitter von vielen als eine Wohltat und eine Erlösung empfunden. Nicht gering aber ist die Zahl derjenigen, bei denen schon das Herannahen eines Gewitters jedesmal Angst und Bangen hervorruft. Die Gewitterfurcht ist ein merkwürdig weit verbreitetes Leiden. In früheren Zeiten, als man Blitzableiter noch nicht kannte und die Häuser zum Teil aus Holz gebaut und mit Stroh bedeckt waren, stellte in der Tat jedes Gewitter eine schwere Gefahr dar und jeder einschlagende Blitz konnte bewirken, daß eine ganze Ortschaft in Flammen aufging. In der Stadt aber brauchen die Bewohner heute auch dann keine Furcht vor dem Gewitter zu empfinden, wenn sie keinen schützenden Blitzableiter über ihren Häusern wissen. Wenn der Blitz heute in der Großstadt einschlägt, so sucht er sich mit besonderer Vorliebe die Leitungsmasten der elektrischen Straßenbahn aus oder auch Bäume, Blitzableiter, besonders auf Kirchtrümen oder hohe Schornsteine. Ein Entzünden von Möbelstücken in der Wohnung oder gar ein lichterlohes Auflammen der ganzen Wohnungseinrichtung auf einmal, wie es sich die Gewitterfurcht so oft ausmalt, ist in dem Häusermeer der Großstädte seit Jahrzehnten nicht mehr vorgekommen. Unter welchen Umständen ein Blitz zündet, ist zwar überhaubt noch nicht sicher erforscht, es scheint aber, daß dazu ein Erhitzen und Schmelzen von Metallmassen, inmitten von leicht brennbaren Stoffen, gehöre, wie es sich in gefüllten Scheunen und Schuppen, in strohgedeckten Häusern und auch in Kirchtürmen leicht ereignen kann, niemals aber in städtischen Wohnungen. Hat aber trotzdem ein Städter ein sehr ängstliches Gemüt, daß er gleich für Leib und Leben bangt, wenn es einmal blitzt und donnert, so befolge er einen weisen Ratschlag, der ihn sicherlich gegen jede Blitzgefahr schützt: er lege sich ins Bett! Im Bett ist nähmlich nachweislich noch niemals ein Mensch vom Blitz erschlagen worden. Hier ruht man prachtvoll isoliert gegen alle Elektrizität, so sicher wie Reuters „Dörchlauchting" auf seinem grotesken Gewitterthronsessel aus Glas und Schellack, der darüber hinaus aus Gewitterfurcht auf dem Neubrandenburger Schlosse zahlreiche Blitzableiter enbringen ließ. Nicht ganz so günstig liegen die Verhältnisse auf dem Lande. Hier ist aus mannigfachen Gründen die Gewittergefahr auch heute noch nicht gering, trotz der segensreichen Erfindung der Blitzableiter. Die Blitzableiter sind häufig so unsachgemäß, ja unsinnig angebracht, daß sie die Gebäude mehr gefährten als schützen Ein Haus aber, das in vernünftiger Weise und sachverständig mit einer Blitzableiteranlage, die sehr verschiedener Art — es bracht nicht einmal immer ein besonderer Blitzableiter zu sein — sein kann, kann heutzutage gegen die Blitzgefahr als nahezu sicher gelten, auf dem Lande sowohl wie in der Stadt. Jedoch kann man es auf dem Lande den Leuten nicht verdenken, wenn sie beim Gewitter aufstehen, um darüber zu wachen, daß ihren Scheunen und Stallungen kein Unheil widerfährt. Allerlei Mahnungen, wo man sich bei einem Gewitter im Zimmer nicht aufhalten soll, sind in der Bevölkerung im Schwunge und werden auch beachtet. Mark Twam spottet in einer seiner Novellen mit Recht über diese Aengstlichkeit und stellt fest, daß man sich weder in der Mitte des Zimmers unter dem Kronleuchter noch am Fenster oder am Ofen, noch in der Nähe der Zimmerwände oder sonstwo aufhalten dürfe (!) wolle man nicht sein Leben leichtfertig aufs Spiel setzen. Aber auch diese Furcht ist ganz grundlos. Die Todesfälle durch Blitzschlag, die z. B. in Berlin in den letzten Jahrzehnten vorkamen, ereigneten sich durchweg im Freien und auch ihre Zahl ist außerordentlich gering. Trotz solcher Tatsachen und vernünftiger Ueberzeuguug kann sich das Herz vieler der Banigkeit nicht verwehren, denn die Gewitterfurcht ist uns als ein Erbteil aus den alten Zeiten überkommen, wo die Menschen noch mit Recht Blitz und Donner fürchten mußten. Vielleicht tragen auch diese Zeilen zur Beruhigung mancher Leser bei, daß sie in Zukunft vorziehen, daß Unwetter hübsch zu verschlafen, wenn der Gewittergott seinen gewaltigen Hammer erdröhnen läßt.

§ Kleinsparer und Sparkassenguthaben. Durch die Festsetzung der Reichsbank, wonach die Rentenmark gleich 1 Billion Papiermark gilt und durch die dritte Steuernotverordnung, nach der das Reich den Zinsendienst für die Kriegsanleihen einstellt, ist, so wird in einer kleinen Anfrage im preußischen Landtag ausgeführt, der Besitz der kleinen Sparer alles genommen, was sie sich in jahrzehntelanger Arbeit erspart hat. Die Anfrager fragen weiter aus, daß die Sparkassen derjenigen Städte, die Waldbesitz hätten, mit Leichtigkeit den Verpflichtungen ihren Sparern gegenüber nachkommen könnten. Auf die Frage, was das Staatsministerium zu tun gedenke, um die Reichsregierung zu veranlassen, die soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen", erteilt der preußische Minister des Innern, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge nachstehende Antwort: „Die dritte Steuernotverordnung sieht eine Aufwertung bei öffentlicher oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen vor. Die näheren Bestimmungen über Bildung und Verteilung der Teilungsmasse sowohl als über einen etwa vom Schuldner zu leistenden Beitrag sind den Landesregierungen überlassen. Bei Erlaß der in Vorbereitung befindlichen Ausführungsbestimmungen wird geprüft werden ob und in welchem Umfange die rechtlichen Schuldner der Sparkassenguthaben zu betrachten seien, ob wahrleistungsverbande der öffentlichen Sparkassen entsprechend ihren Leistungsfähigkeit zu Beiträgen herangezogen werden können".

§ Wer seine Gefallenen heimholt. Da die Herstellung deutscher Kriegerfriedhöfe in letzter Zeit wesentlich aufgenommen worden ist, sind die früher gültigen Bestimmungen über die Frachtermäßigung mit sofortiger Gültigkeit wieder eingeführt worden. Antragen auf Erstattung der Hälfte der bezahlten Fracht für Fälle in der zurückliegenden Zeit, in der Ermäßigung nicht mehr gewährt worden ist, kann stattgegeben werden.

§ Keine Kommunisten als Gemeindebeamte. Wie der Amtl. Preuß. Pressedienst mitteilt, hat der preußische Innenminister eine Verfügung erlassen, in der er unter der Kommunalaufsichtsbehörden anweist, in Zukunft die Bestätigung von Mitgliedern der Kommunistischen Partei als unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte nur dann zu erteilen, wenn im Einzelfall die pflichtmäße Amtsführung im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängigkeit von Parteiinstruktionen gesichert nachgewiesen erscheint. Dasselbe gilt für zugehörige anderer Parteien oder Gruppen, die eine gewaltsame Aenderung der Verfassung oder die gewaltsame Störung der öffentlichen Ordnung verfolgen, und Mitglieder in dieser Richtung hinweisen.

§ Eichgebühren. Die im Reichsgesetzblatt vom 3. Juni (Teil 1 S. 601) veröffentlichte Eichgebührenordnung vom 24. Mai enthält die neuen Eichgebührensätze für die Prüfung (Prüfung und Stempelung) und die Prüfung ohne Stempelung.

§ Die Raupenplage kehrt wieder! Nachdem eine rabiate Bekämpfung und der kalte Regen in den letzten vierzehn Tagen für vollständige Vernichtung gesorgt hatten, wird das Auftauchen von Raupen an den Stachelbeersträuchern erneut beobachtet. Also gebt acht!

Cassel. Die im Statistischen Amt der Stadt Cassel ermittelte **Teuerungszahl** beziffert sich für die laufende Woche auf 93,51 Mark gegenüber 90,59 Mark in der vergangenen Woche. Dies bedeutet eine Abnahme von 3,3 Prozent.

— **Die Feier des 80. Geburtstages** konnte dieser Tage in körperlicher und geistiger Frische General Eisentraut begehen.

— Der **Casseler Fremdenverkehr** hat in den letzten Monaten einen recht betrachtlichen Aufschwung genommen. Während im Monat Januar die Zahl der übernachtenden Personen nur 3994 betrug stiegen im April bereits 7008 und im Mai sogar 7924 Fremde in den Beherbergungsbetrieben der Stadt Cassel ab. Unter diesen befanden sich 101 Ausländer, davon 24 Hollander, 23 Amerikaner, 13 Engländer, 7 Dänen, 6 Schweizer, 3 Russen und 1 Franzose.

Schwedda. Die **Katastersekretär-Prüfung** bestand vor der zuständigen Prüfungskommission in Cassel der Katastertechniker Karl Klippert von hier.

Uengsterode. Bei unserem Orte ist das Erdreich hart an der Eisenbahndurchstich infolge des starken Gebirgsdruckes bei Meitzners ins Rutschen gekommen und gefährdet die Bahnlinie nach Großalmerode-Ost. Man trägt sich mit dem Gedanken, eine Bodenbewegung von rund 35 000 Kubikmetern zum Abtrag des Einschnittes zu machen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Strecke zeitweise auf einige hundert Meter gesperrt wird.

Hann.-Münden. Der großdeutsche Volkstag mit dem Trachtenfestzug und dem Volksfest auf den beiden Tanzwiesen, der im Verlauf der großen Tagung des Vereins für das Deutschtum im Auslande am Sonntag, 15. Juni, stattfinden wird, ist nunmehr genehmigt worden.

Hersfeld. Das Reichspostministerium hat die beantragte Kraftpost-Linie Roboldshausen—Hersfeld genehmigt und Klein-Kraftomnibusse mit 7 Sitzen und mit besonderem Gepäckabteil bestellt. Bei der starken Beschaftigung der Fahrzeugfabriken kann auf die Lieferung frühestens Anfang Juli gerechnet werden.

Fulda. Das religiöse Sonntagsblatt der Diözese Fulda, der „Bonifatius-Bote", kann in diesem Jahre auf eine 40jährige Geschichte zurückblicken. Die erste Probenummer trug das Datum des 15. Juni 1884.

Tann. Im Kriegsjahre 1917 hatte unsere Gemeinde die größere der beiden Kirchenglocken dem Vaterlande opfern müssen. Erst jetzt gelang, dank der Opferfreudigkeit der Gemeindewohnerschaft, die Beschaffung einer neuen Glocke. Am Pfingsttage fand die feierliche Weihe statt.

Braunau. Ein schrecklichr Unglücksfall ereignete sich hier am Pfingstmontag. Der 72jährige Landwirt Wagner war damit beschäftigt, Futter zu schneiden. Die Maschine wurde elektrisch angetrieben. Da kam der alte Mann in das Getriebe, die Hand wurde ihm bis zur Wurzel vollstädig zerschnitten. Der Arm wurde von den Walzen zerquetscht. Da nicht gleich Hilfe zur Stelle war, mußte W. noch eine Weile in seiner unglücklichen Lage ausharren, bis man ihn befreite und ihn dann schließlich nach Bildungen ins Krankenhaus brachte.

Marburg. In den weiteren Verhandlungen des Gesamtbandstages des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener spielte die Frage der Ehrenrente und der Kürzungsbestimmungen eine große Rolle.

Höhere Privatschule
Spangenberg

Die diesjährige

Hauptversammlung

findet am **Mittwoch, den 18. Juni, 8½ Uhr abends** im Saale des Herrn **Bertram** statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht.

Der Vorstand

Graue Gans zugelaufen.

Gegen Erstattung der Futterkosten nnd Inserationsgebühren abzuholen bei

Eckel, Scholle

Durch Ausschlußurteil vom 4. 6. 1924 F 1/24 ist der Hypothekenbrief vom 7. März 1914 über die im R Grundbuch von Heinebach Bd. 18 Blatt 559 in Abt. III lfd. Nr. 2 für den Milchhändler **Hermann Rost** in **Plauen i. Vogtland** eingetragenen 10000 Mark für

kraftlos

erklärt.

Spangenberg, den 6. Juni 1924

Das Amtsgericht

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Tode unserer lieben Entschlafenen, besonders Herrn Metropolitan Schmitt für seine trostreichen Worte sagen tiefgefühlten Dank

Spangenberg, den 13. Juni 1924

Anton Mell u. Familie

Mütterverein

Sonntag abend

Versammlung

betr. **Sommerausflug.**

Drei 6 Wochen alte

hirschrote Tackelhündinnen

billig abzugeben.

Oberförsterei Spangenberg

Ia. frischen Portland-Cement

Richard Mohr

Turn- Verein
„Froher Mut"

Heute Abend **9 Uhr** findet eine

Monatsversammlung

statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.

Küllmer
1. Vorsitzender

Verkaufe

Montag, den 16. Juni abends 7 Uhr an Ort und Stelle das

Heugras

meiner im **Dörnbach** gelegenen **22 ar** großen Wiese.

Heinrich Schäfer Ww.

Zement

frisch eingetroffen

Otto Fenner

Hugo Munzer / Spangenberg

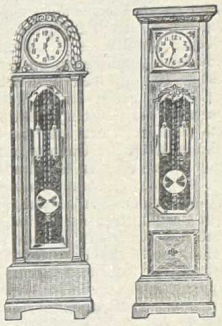
Fernspr. 27 ★ **Buchdruckerei** ★ Fernspr. 27

Empfehle mich für Anfertigungen aller Arten von Drucksachen, als: Formulare aller Art, Rechnungen, Briefbogen und Briefumschläge, Postkarten, Mitteilungen, Quittungen, Zirkulare, Preislisten, Aviskarten, Programme, Mitgliedkarten, Statuten, Diplome Plakate, Einladungskarten, Verlobungs- und Vermählungskarten Visitenkarten und sonstige im geschäftlichen Leben gebräuchliche Artikel.

Geschmackvolle Ausführung :: Schnellste Lieferung

Neue Muster in Hausuhren

Erste Qualität äußerst preiswert!



sowie

Regulateure
Küchen-Uhren
Wecker
Büro-Uhren
Taschen-Uhren
Feuerzeuge
Barometer.

★ **Wilhelm Keim, Uhrmacher** ★

Eigene Reparatur-Werkstatt.

Für die uns anläßlich unserer VERMÄHLUNG so zahlreich erwiesenen Aufmerksamkeiten, sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten, Freunden und Bekannten

herzlichen Dank.

Elbersdorf, im Juni 1924

Rudolf Althaus u. Frau
geb. Noll

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 15. Juni 1924

Gottesdienst in:

Spangenberg:

Vormittags 10 Uhr: Kreispfarrer Schmitt.

Elbersdorf:

Vormittags ½9 Uhr: Kreispfarrer Schmitt.

Schnellrode:

Lesegottesdienst

Verwaltungsgebühren.

Nach dem Gesetz unterliegt der schriftliche Verkehr mit den Behörden fortan in vielen Fällen besonderen Kosten (Verwaltungsgebühren), die von den Autragstellern usw. zu tragen sind. Insbesondere sind auch Bescheide auf unbegründete Eingaben (Beschwerten, Einsprüche usw.) gebührenpflichtet. In der Regel empfiehlt es sich daher, zunächst an Amtstelle mündliche Auskunft einzuholen.

Spangenberg, den 12. Juni 1924.

Die Polizeiverwaltung,
Schier.

Nr. 1907

Baden in der Pfiffe.

Es ist unstatthaft, daß Jungen und Mädchen gleichzeitig und in unmittelbarer Nähe in der Pfiffe baden und auf den angrenzenden Wiesen umherlaufen. Bei Zuwiderhandlungen tritt strafrechtliche Verfolgung ein. Außerdem haften die Badenden für den Schaden, den sie durch das Verschleifen des Grases usw. verursachen.

Spangenberg, den 5. Juni 1924.

Die Polizeiverwaltung,
Schier.

Nr. 1826

Radfahrverkehr.

Die in letzter Zeit sich mehrenden Unfälle im Radfahrerverkehr geben uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Beleuchtungszwang für Fahrräder wieder eingeführt worden ist. Wir ersuchen zu veranlassen, daß dieser Anordnung überall entsprochen wird.

Weiter weisen wir darauf hin, daß häufig der Straßenverkehr auch dadurch gefährdet wird, daß mit Fahrrädern nicht rechts, sowie übermäßig schnell gefahren wird. Wir ersuchen zu veranlassen, daß auch hiergegen eingeschritten wird.

Berlin, den 27. Mai 1924

Der Minister des Innern
Der Minister f. Landwirtschaft, Domänen u. Forsten

Nr. 1847

Inserate

in der

Spangenberger Zeitung

werden am meisten gelesen und haben den besten Erfolg!